

Die 13 Forderungen

Wir fordern

1. eine deutliche Anhebung der Gehälter und Honorare und eine verbindliche Tarifbindung für alle in der Kinder- und Jugendhilfe!
2. höhere Personalschlüssel in der gesamten Kinder- und Jugendhilfe, die Vertretungssituationen berücksichtigen. Nur so können Kinderschutz, Qualität der Angebote für Klient*innen und Schutz der Mitarbeiter*innen sichergestellt werden!
3. eine Fallzahlbegrenzung im Regionalen Sozialdienst (RSD) der Jugendämter, die deutlich unter der aktuellen Fallzahl pro Kolleg*in liegt!
4. Bereitschafts- und Sonderdienste deutlich höher und tatsächlich geleistete Arbeit (u.a. auch Fahrwege) voll zu vergüten!
5. eine Ausstattung mit erforderlichen Arbeitsmitteln (z.B. Dienstfahrrad/BVG-Ticket/Dienstfahrzeug/Diensthandy/PC/Software...!)
6. mehr therapeutische Angebote sowohl innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe (z.B. therapeutische Wohngruppen) als auch innerhalb des Gesundheitssystems (z.B. Plätze in Kinder- und Jugendpsychiatrie, ambulante Therapieplätze)!
7. die Berücksichtigung von Zusatzqualifikationen im Gehalt!
8. eine finanzielle Versorgung der Kinder und Jugendlichen in stationären Hilfen, die den wirklichen Lebenshaltungskosten entspricht, Bildung und Teilhabe, sowie eine adäquate medizinische Versorgung ermöglicht!
9. mehr bezahlbaren Wohnraum für Projekte und Klient*innen während und nach der Hilfe!
10. eine Stärkung der Anerkennung Sozialer Arbeit als Profession und Wissenschaft!
11. die Kinder- und Jugendhilfe als zentrales Thema in der Bundespolitik!
12. Finanzierung und Gewährleistung von Fort-, Weiterbildung und Supervision!
13. Zeit für die Einarbeitung neuer Kolleg*innen!

Erläuterungen:

(1) Aufgrund unzureichender Finanzierung werden Gehälter häufig weit unterhalb des aktuellen Tarifvertrags der Länder (TV-L) gezahlt und auch dieser Tarifvertrag liegt unter dem bundesweiten Durchschnittsverdienst in der Jugendhilfe.

(3) Seit vielen Jahren gibt es in Berlin die Forderung nach einer Fallzahlbegrenzung von maximal 65 Fällen pro Vollzeitkraft. Zurzeit sind hundert Fälle pro Mitarbeiter*in keine Seltenheit.

(5) Die Ausstattung ist so mangelhaft, dass viele Kolleg*innen z.B. ihr privates Smartphone für die Arbeit nutzen müssen.

(6) Zurzeit sind Kinder und Jugendliche mit therapeutischem Bedarf nicht diesem entsprechend untergebracht. Das überfordert alle Beteiligten und verhindert ein Gelingen der Hilfe. Außerdem sind die Wartezeiten für ambulante Therapien extrem lang.

(7) Für viele Stellen werden Zusatzqualifikationen benötigt. Die Qualifizierung ist teuer und zeitaufwändig, wird i.d.R. privat finanziert, aber schlägt sich im Gehalt oft nicht nieder.

(8) Kinder und Jugendliche in stationären Hilfen sind in einigen Punkten noch schlechter gestellt als Menschen im ALG II-Bezug (Hartz IV), z.B. Schulmaterial (Jugendhilfe: 64,75€ im Gegensatz zu ALG II: 150€ pro Jahr) oder Klassenfahrten/Projekttag (Jugendhilfe: 96,81€ pro Jahr im Gegensatz zu ALG II: Übernahme der tatsächlichen Kosten).

(10) Im Gehalt, in Kooperationen und kaum zu überwindenden Promotionshürden zeigt sich eine Geringschätzung der Sozialen Arbeit.

(11) Das Bundesgesetz SGB VIII wird kommunal unterschiedlich umgesetzt und die Leistungen unterschiedlich finanziert. Bundesweite Missstände werden nicht auf Bundesebene angegangen.

(13) Durch schlechte Personalschlüssel, Fachkräftemangel, hohe Fluktuation sowie hohe Krankenstände aufgrund der mangelhaften Arbeitsbedingungen ist kaum Zeit für Einarbeitung. Dies verstärkt die Fluktuation häufig noch und verringert die Qualität der Arbeit.

Weitere Informationen unter: www.jugendhilfe-reklamation.de und reklamation@dbsh-berlin.de

Die 13 Forderungen

Wir fordern

1. eine deutliche Anhebung der Gehälter und Honorare und eine verbindliche Tarifbindung für alle in der Kinder- und Jugendhilfe!
2. höhere Personalschlüssel in der gesamten Kinder- und Jugendhilfe, die Vertretungssituationen berücksichtigen. Nur so können Kinderschutz, Qualität der Angebote für Klient*innen und Schutz der Mitarbeiter*innen sichergestellt werden!
3. eine Fallzahlbegrenzung im Regionalen Sozialdienst (RSD) der Jugendämter, die deutlich unter der aktuellen Fallzahl pro Kolleg*in liegt!
4. Bereitschafts- und Sonderdienste deutlich höher und tatsächlich geleistete Arbeit (u.a. auch Fahrwege) voll zu vergüten!
5. eine Ausstattung mit erforderlichen Arbeitsmitteln (z.B. Dienstfahrrad/BVG-Ticket/Dienstfahrzeug/Diensthandy/PC/Software...!)
6. mehr therapeutische Angebote sowohl innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe (z.B. therapeutische Wohngruppen) als auch innerhalb des Gesundheitssystems (z.B. Plätze in Kinder- und Jugendpsychiatrie, ambulante Therapieplätze)!
7. die Berücksichtigung von Zusatzqualifikationen im Gehalt!
8. eine finanzielle Versorgung der Kinder und Jugendlichen in stationären Hilfen, die den wirklichen Lebenshaltungskosten entspricht, Bildung und Teilhabe, sowie eine adäquate medizinische Versorgung ermöglicht!
9. mehr bezahlbaren Wohnraum für Projekte und Klient*innen während und nach der Hilfe!
10. eine Stärkung der Anerkennung Sozialer Arbeit als Profession und Wissenschaft!
11. die Kinder- und Jugendhilfe als zentrales Thema in der Bundespolitik!
12. Finanzierung und Gewährleistung von Fort-, Weiterbildung und Supervision!
13. Zeit für die Einarbeitung neuer Kolleg*innen!

Erläuterungen:

(1) Aufgrund unzureichender Finanzierung werden Gehälter häufig weit unterhalb des aktuellen Tarifvertrags der Länder (TV-L) gezahlt und auch dieser Tarifvertrag liegt unter dem bundesweiten Durchschnittsverdienst in der Jugendhilfe.

(3) Seit vielen Jahren gibt es in Berlin die Forderung nach einer Fallzahlbegrenzung von maximal 65 Fällen pro Vollzeitkraft. Zurzeit sind hundert Fälle pro Mitarbeiter*in keine Seltenheit.

(5) Die Ausstattung ist so mangelhaft, dass viele Kolleg*innen z.B. ihr privates Smartphone für die Arbeit nutzen müssen.

(6) Zurzeit sind Kinder und Jugendliche mit therapeutischem Bedarf nicht diesem entsprechend untergebracht. Das überfordert alle Beteiligten und verhindert ein Gelingen der Hilfe. Außerdem sind die Wartezeiten für ambulante Therapien extrem lang.

(7) Für viele Stellen werden Zusatzqualifikationen benötigt. Die Qualifizierung ist teuer und zeitaufwändig, wird i.d.R. privat finanziert, aber schlägt sich im Gehalt oft nicht nieder.

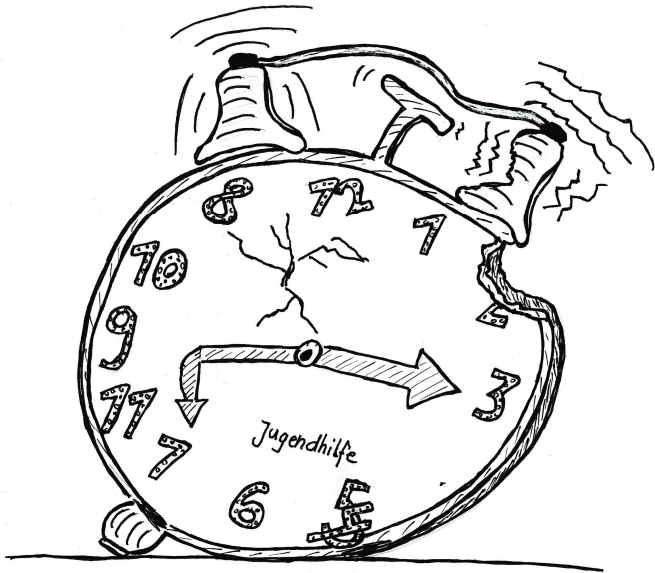
(8) Kinder und Jugendliche in stationären Hilfen sind in einigen Punkten noch schlechter gestellt als Menschen im ALG II-Bezug (Hartz IV), z.B. Schulmaterial (Jugendhilfe: 64,75€ im Gegensatz zu ALG II: 150€ pro Jahr) oder Klassenfahrten/Projekttag (Jugendhilfe: 96,81€ pro Jahr im Gegensatz zu ALG II: Übernahme der tatsächlichen Kosten).

(10) Im Gehalt, in Kooperationen und kaum zu überwindenden Promotionshürden zeigt sich eine Geringschätzung der Sozialen Arbeit.

(11) Das Bundesgesetz SGB VIII wird kommunal unterschiedlich umgesetzt und die Leistungen unterschiedlich finanziert. Bundesweite Missstände werden nicht auf Bundesebene angegangen.

(13) Durch schlechte Personalschlüssel, Fachkräftemangel, hohe Fluktuation sowie hohe Krankenstände aufgrund der mangelhaften Arbeitsbedingungen ist kaum Zeit für Einarbeitung. Dies verstärkt die Fluktuation häufig noch und verringert die Qualität der Arbeit.

Weitere Informationen unter: www.jugendhilfe-reklamation.de und reklamation@dbsh-berlin.de

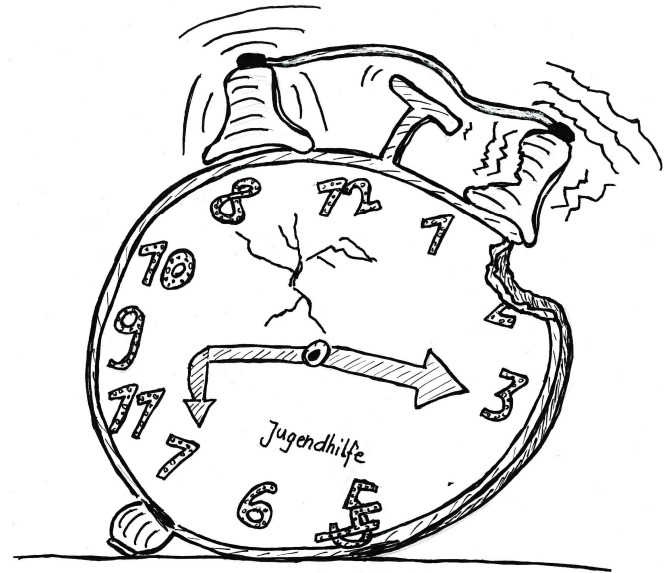


Die große Jugendhilfe-Reklamati!on

Die Berliner Kinder- und Jugendhilfe funktioniert nicht und schädigt Kinder, Jugendliche, deren Eltern und Mitarbeiter*innen.

Um Gesellschaft und Politik auf die katastrophalen Zustände aufmerksam zu machen und Verbesserungen zu erwirken, haben rund 500 Fachkräfte im Frühjahr und Sommer 2019 in kleinen Diskussionsrunden fast 700 Forderungen erarbeitet, über die 13 wichtigsten stimmten fast 1400 Kolleg*innen ab.

Hoch belastete Menschen, die im Rahmen der Jugendhilfe dringend der Unterstützung bedürfen und schlecht bezahlte Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen, die bis zur völligen Erschöpfung versuchen, trotz unsäglichter Arbeitsbedingungen ihre Tätigkeit verantwortungsvoll auszuüben, haben keine Lobby, aber Politik und Gesellschaft die Verpflichtung, auch für Menschen in Not, mitten unter uns, Sorge zu tragen!



Die große Jugendhilfe-Reklamati!on

Die Berliner Kinder- und Jugendhilfe funktioniert nicht und schädigt Kinder, Jugendliche, deren Eltern und Mitarbeiter*innen.

Um Gesellschaft und Politik auf die katastrophalen Zustände aufmerksam zu machen und Verbesserungen zu erwirken, haben rund 500 Fachkräfte im Frühjahr und Sommer 2019 in kleinen Diskussionsrunden fast 700 Forderungen erarbeitet, über die 13 wichtigsten stimmten fast 1400 Kolleg*innen ab.

Hoch belastete Menschen, die im Rahmen der Jugendhilfe dringend der Unterstützung bedürfen und schlecht bezahlte Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen, die bis zur völligen Erschöpfung versuchen, trotz unsäglichter Arbeitsbedingungen ihre Tätigkeit verantwortungsvoll auszuüben, haben keine Lobby, aber Politik und Gesellschaft die Verpflichtung, auch für Menschen in Not, mitten unter uns, Sorge zu tragen!